**Anordnung
über die Kreditgewährung an Bürger,
die in die Deutsche Demokratische Republik
zuziehen.**

Vom 14. September 1966

Um den Bürgern, die aus Westdeutschland, aus Westberlin oder aus dem Ausland ihren Wohnsitz in die Deutsche Demokratische Republik verlegen, die Eingliederung in das gesellschaftliche Leben zu erleichtern, wird im Einvernehmen mit dem Minister des Innern und dem Minister für Gesundheitswesen folgendes angeordnet:

§1

(1) An Bürger, die ihren Wohnsitz erstmalig aus Westdeutschland oder aus Westberlin in die Deutsche Demokratische Republik verlegen, und an Bürger, die aus dem Ausland in die Deutsche Demokratische Republik zuziehen, kann die örtlich zuständige Sparkasse ein langfristiges Darlehen zur Anschaffung von Hausrat gewähren. Der Darlehensantrag ist bei dem zuständigen Rat der Gemeinde, der Stadt bzw. des Stadtbezirkes — Sozialwesen — zu stellen.

(2) Bei vorliegender Notwendigkeit kann ein solches Darlehen auch an Bürger der Deutschen Demokratischen Republik, die vorübergehend ihren Wohnsitz außerhalb der Deutschen Demokratischen Republik hatten und in die Deutsche Demokratische Republik zurückkehren, gewährt werden.

§2

(1) Das Darlehen gemäß § 1 kann bis zu folgender Höhe gewährt werden:

a) an Bürger, die ohne Angehörige zuziehen	1000 MDN,
b) an Bürger, die mit einem Angehörigen zuziehen	2000 MDN,
c) an Bürger, die mit zwei oder drei Angehörigen zuziehen	3000 MDN,
d) an Bürger, die mit mehr als drei Angehörigen zuziehen	4000 MDN.

(2) Voraussetzung dafür, daß die Angehörigen bei der Festsetzung der Höhe des Darlehens berücksichtigt werden, ist ihre Zugehörigkeit zum Haushalt des Darlehensnehmers. Übersiedeln die Angehörigen nach Kreditausreichung, kann ein Zusatzantrag gestellt werden.

§3

(1) Das Darlehen kann gewährt werden, sobald geklärt ist, welchen Arbeitsplatz der Antragsteller künftig einnehmen wird.

(2) Ein Antrag auf Gewährung eines Darlehens kann nur innerhalb von 6 Monaten nach Zuweisung von Wohnraum gestellt werden.

(3) Antragsteller, die nicht in der Lage sind, eine Arbeit aufzunehmen und die deshalb nicht in der im § 6 festgelegten Frist oder bis auf weiteres überhaupt nicht Darlehensrückzahlungen leisten können, kann für die dringendsten Anschaffungen ein Darlehen gewährt werden.

§4

(1) Der Verwendungszweck des Darlehens wird in der Darlehensgenehmigung nach § 10 verbindlich festgelegt.

(2) Das Darlehen kann auch zum Erwerb von gebrauchtem langlebigem Hausrat gewährt werden.

(3) Bis zu 10 % des Darlehensbetrages können für die Beschaffung von kurzlebigen Haushaltsgegenständen verwendet werden.

(4) Die mit Darlehensmitteln beschafften Gegenstände sind ausschließlich im Haushalt des Darlehensnehmers zu verwenden.

(5) In Ausnahmefällen können Darlehensmittel auch zur Anschaffung notwendiger Bekleidung verwendet werden.

(6) Mit dem Kauf wird die Sparkasse Eigentümer der mit Kreditmitteln erworbenen Gegenstände. Die Übertragung des Eigentums auf den Darlehensnehmer erfolgt mit der vollständigen Rückzahlung des Darlehens.

§5

Für das Darlehen werden 3 % P-^a- Zinsen erhoben. Die für die Darlehensgenehmigung gemäß § 10 zuständige Stelle kann für Darlehen an Bürger, die mit mehr als zwei Angehörigen zuziehen, einen ermäßigten Zinssatz — jedoch nicht unter 1 % — festlegen. Dabei sind die wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse, insbesondere die Zahl der Kinder bzw. der erwerbsunfähigen Personen, zu berücksichtigen.

§6

(1) Das Darlehen ist entsprechend der wirtschaftlichen und sozialen Lage des Darlehensnehmers in monatlichen Teilbeträgen zurückzuzahlen, und zwar

- a) von Darlehensnehmern, die allein oder nur mit einem Angehörigen zuziehen, innerhalb von längstens 3 Jahren,
- b) von Darlehensnehmern, die mit zwei oder drei Angehörigen zuziehen, innerhalb von längstens 4 Jahren,
- c) von Darlehensnehmern, die mit mehr als drei Angehörigen zuziehen, in längstens 6 Jahren.

(2) In Ausnahmefällen kann eine um jeweils 1 Jahr längere Tilgungszeit vereinbart werden.

(3) Die Rückzahlungsraten können so festgelegt werden, daß im ersten Jahr geringere Rückzahlungen erfolgen als in den folgenden Jahren.

(4) Die Rückzahlung des Darlehens beginnt 3 Monate nach Inanspruchnahme des Darlehens oder eines Teilbetrages. Von diesem Zeitpunkt an errechnet sich die Höchsttilgungszeit gemäß Absätzen 1 und 2.

(5) Bei Darlehensnehmern, die unter den Bedingungen des § 3 Abs. 3 ein Darlehen erhalten, können längere Tilgungszeiten als die in den Absätzen 1 und 2 vorgesehenen festgelegt werden bzw. kann von vornherein die Rückzahlung ausgesetzt werden, bis Zahlungsfähigkeit eintritt.